

setzentwurf Drucksache 14/1149 in zweiter Lesung verabschiedet.

(Einige Abgeordnete verlassen den Plenarsaal.)

– Meine Damen und Herren, bevor Sie den Plenarsaal fluchtartig verlassen, haben wir noch eine Abstimmung.

(Zuruf von den GRÜNEN: Lassen Sie sie ruhig gehen!)

Wir stimmen jetzt über den **Entschließungsantrag** der Fraktion der SPD **Drucksache 14/1928** ab. Ich darf fragen, wer diesem Entschließungsantrag der SPD-Fraktion seine Zustimmung geben will. – Das sind SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – Das sind CDU- und FDP-Fraktion. – Damit ist auch dieser Entschließungsantrag Drucksache 14/1928 mit der Mehrheit des Hauses **abgelehnt**.

Meine Damen und Herren, wir kommen zu:

## **7 Gesetz zur Änderung des Polizeiorganisationsgesetzes und zur Änderung weiterer Vorschriften über die Organisation der Polizei**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 14/929

Beschlussempfehlung und Bericht  
des Innenausschusses  
Drucksache 14/1889

zweite Lesung

Dazu gibt es auch einen **Entschließungsantrag** der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP **Drucksache 14/1878 – Neudruck**.

Ich eröffne die Beratung und gebe als erster Fraktion der CDU, und zwar dem Abgeordneten Kruse, das Wort. Bitte schön.

**Theo Kruse**<sup>\*)</sup> (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die neue Landesregierung steht insgesamt vor einer Neudefinition der Grenze zwischen staatlicher und kommunaler Verwaltung. Wir diskutieren im Übrigen quer durch unsere Republik: Brauchen wir mehr oder weniger Staat? Alle reden vom Abbau unnötiger Bürokratie und von der Konzentration des Staates auf seine Kernaufgaben.

Auch im Bereich der inneren Ordnung und der inneren Sicherheit steht die neue Landesregierung vor einer erdrückenden Erblast.

Für die Neuausrichtung dieser Politik wird es Zeit, und sie erfordert vor allen Dingen Mut und Tatkraft. Sie wird voraussichtlich nicht nur Diskussionen, sondern auch eine Vielzahl von Widerständen auslösen.

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf gehen die neue Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen erste Schritte zur Veränderung der Polizeistruktur, die neben dem Abbau unnötiger Bürokratie und der Binnenmodernisierung der Polizeibehörden dringend erforderlich sind.

Mit der Straffung der Struktur wird die Autobahnpolizei von den Bezirksregierungen zu fünf Polizeipräsidien verlagert. Die Wasserschutzpolizei wird in das für den Standort Duisburg zuständige Polizeipräsidium sowie das Polizeipräsidium Leverkusen in das Präsidium Köln und das Präsidium Mülheim an der Ruhr in das Polizeipräsidium Essen eingegliedert. Damit wird beabsichtigt, die Polizei insgesamt effizienter und auch noch bürgernäher arbeiten zu lassen.

Erinnern möchte ich in diesem Zusammenhang daran, dass die CDU-Fraktion vor knapp zehn Jahren schon einmal gefordert hat, die Autobahnpolizeien entsprechend zu verlagern. Damals wurde dies – aus meiner Sicht immer noch unverstänglich – mit rot-grüner Mehrheit abgelehnt.

Ich erwähne dies deswegen, weil die alte Landesregierung mindestens in den letzten zehn Jahren, in den letzten beiden Wahlperioden, viele auch aus Sicht der CDU-Fraktion organisatorische Fehlentscheidungen getroffen und es zugelassen hat, dass eine hohe Zahl, dass zu viele Führungs-, Stabs- und Innendienststellen geschaffen wurden.

Das wollen wir ändern. Deswegen lautet unser Motto: Mehr fahnden statt verwalten. Es wird entscheidend darauf ankommen, den Verwaltungs-, den Führungs- und den Stabsaufwand insgesamt zu reduzieren, um den operativen Dienst zu stärken.

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, meine geschätzte Kollegin Ursula Monheim – ich spreche das in aller Offenheit an – war ganz ohne Frage in den letzten Wochen besonderen Belastungen ausgesetzt. Niemand wird bestreiten können, dass örtliche Widerstände, dass Solidaritätsbekundungen politische Wirkung entfalten. Wir nehmen sowohl diese als auch die Anhörung vom 23. März 2006 zum Gesetzentwurf außerordentlich ernst.

Nicht zuletzt deswegen legen die Fraktionen von CDU und FDP einen Entschließungsantrag zum Gesetzentwurf der Landesregierung vor. Diese

Entschließung stellt aus unserer Sicht eine wesentliche und nicht zu unterschätzende Leitplanke zum Gesetzentwurf dar. Denn es soll sichergestellt werden, dass sowohl bei der Wasserschutzpolizei als auch bei der Autobahnpolizei die jeweilige Fachlichkeit und die Spezialisierung erhalten bleiben. Ebenso soll die erforderliche personelle Ausstattung in den Städten Leverkusen und Mülheim gewährleistet bleiben. Außerdem wird die Direktion Verkehr des Polizeipräsidiums Köln einschließlich der Autobahnpolizei in Leverkusen eingerichtet.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mit vorliegender Entschließung verdeutlichen die Fraktionen von CDU und FDP aber ebenso klar, dass weitere Synergien durch optimierte behördenübergreifende Zusammenarbeit erzielt werden müssen. Mit dem heutigen Gesetzentwurf ergreifen wir – wenn man so will – die erste Initiative in diesem Politikfeld. In den nächsten Monaten und auch in den nächsten Jahren müssen ganz ohne Frage weitere Schritte zur Rückgewinnung von Personal für den operativen Bereich folgen.

Wir bitten um Zustimmung zum Gesetzentwurf und zum vorliegenden Entschließungsantrag. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter Kruse. – Für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Dr. Rudolph das Wort.

**Dr. Karsten Rudolph (SPD):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Kruse, nach den Nebelkerzen, die Sie hier gerade vom Redepult aus geworfen haben, ist es ein Wunder, dass ich Sie noch erkennen kann da in der zweiten Reihe.

(Heiterkeit von der SPD)

Aber zu den Nebelkerzen in Ihrem Entschließungsantrag komme ich gleich noch.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Warschau, Paris, Washington, New York, Brüssel, Jerusalem und nach der Fußball-WM Rom – so beschreibt der „Focus“ am 15. Mai 2006 unter der etwas eigentümlichen Überschrift „Blockflöte für alle“ die Reisetätigkeit des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten. Um das gleich zu sagen: Ich habe nichts dagegen, wenn sich ein Ministerpräsident in der Welt aufhält. Denn bekanntlich heißt es ja: Reisen bildet.

Für eine Bildungsreise hätte ich allerdings noch einige Ergänzungsvorschläge zu machen, zum Beispiel Leverkusen, Mülheim,

(Beifall von der SPD)

Arnsberg, Detmold, Münster, Köln, Düsseldorf und nicht zu vergessen demnächst auch Krefeld, Oberhausen, Recklinghausen und Gelsenkirchen.

Denn gerade an diesen Orten lässt sich anschaulich zeigen, was Ihre Änderung in der Polizeiorganisation anrichtet: Unverständnis, Proteste, Unzufriedenheit, begründete Sorgen allerorten. An all diesen Orten kann Ihr Geisterfahrer vom Dienst, der Herr Innenminister, nämlich nicht erklären, warum man das Polizeiorganisationsgesetz ändern muss.

Er kann nach über einem halben Jahr – denn so lange liegt ja der Gesetzentwurf inzwischen vor – immer noch nicht erklären, wie viele Stellen für den operativen Dienst das Herumfingern am äußeren Aufbau unserer Polizeibehörden genau bringt. Ich stelle also noch einmal die Fragen: Sind es nun 145 Funktionen gleich 145 Stellen? Sind es 160 Stellen? Sind es 140 Stellen? Wo fallen sie weg? Wo tauchen sie wieder auf? Nach wie vor Fragen über Fragen.

In der Innenpolitik wird besonders deutlich, welche Geisterfahrt eine Landesregierung aufnimmt, wenn sie von der FDP geführt wird

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

und wenn der Ministerpräsident zum Assistenten bei der Umsetzung von FDP-Beschlüssen wird. Sie, liebe innenpolitische Kollegen von der CDU-Fraktion, können davon ein Lied singen. Sie sind umgefallen, hingefallen, und ich sage Ihnen: Sie werden die nächsten vier Jahre nicht wieder aufstehen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Es hat in der Geschichte der nordrhein-westfälischen Politik kaum eine Anhörung gegeben, in der eine Landesregierung mit einem Gesetzentwurf so untergegangen ist wie bei der Anhörung zur Änderung des Polizeiorganisationsgesetzes.

(Beifall von der SPD)

Dabei lege ich Wert auf die Feststellung: Nur zwei der gehörten Experten wurden von der SPD-Fraktion nominiert. Nur zwei!

Im Namen des gesamten Parlaments möchte ich mich dennoch bei allen Sachverständigen dafür entschuldigen, dass ihre Arbeit entgegen mancher Zusagen auch der CDU-Fraktion völlig vergebens

war. Der Innenminister nimmt keinen Rat an. Er hört nicht zu. Und wenn er es versucht – wir haben es gesehen –, versteht er alles anders. Der von den Koalitionsfraktionen nun vorgelegte Entschließungsantrag zum Gesetzentwurf der Landesregierung ist der untaugliche und leicht zu durchschauende Versuch, weiße Salbe dort zu verabreichen, wo die Polizei leidet und die innere Sicherheit unseres Landes Schaden nimmt.

Weil es kein schlüssiges Konzept für eine Polizeireform gibt, behaupten Sie nun, der vorliegende Gesetzentwurf sei Teil eines Gesamtkonzepts, das den Titel „Dreisäulenmodell“ trägt. In Wahrheit ist es ein Säulenheiligenkonzept,

(Heiterkeit von SPD und GRÜNEN)

denn es werden Stück für Stück die Säulen abgetragen und abgerissen, die unsere Polizeiorganisation bisher getragen haben, zum Beispiel: Welche Richtung die Binnenmodernisierung der Polizeibehörden nimmt, ist in Wahrheit nicht klar. Sie können es bis heute nicht sagen. Stattdessen treiben Sie unsere Polizei in immer wieder neue Feldversuche.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Zweite Säule: Statt Abbau unnötiger Bürokratie, gegen den niemand in diesem Haus ist, werden entgegen Ihrer Wahlversprechen Stellen abgebaut – nicht Bürokratie –, und der Polizeihaushalt wird gekürzt.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Die können das nicht auseinander halten!)

Drittens. Die Straffung der äußeren Struktur der Polizeibehörden, wie es jetzt so schön heißt, bedeutet in Wahrheit die Auflösung von Polizeipräsidiolen nach Pensionsalter der Präsidenten und nach Gelegenheit.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Weil Sie angekündigt haben, Herr Kollege Kruse, es solle weitergehen, sind wir heute gespannt, wie es denn nun mit der Straffung der äußeren Struktur weitergehen soll. Konkret gefragt: Wann wird das Polizeipräsidium in Krefeld aufgelöst? Folgen anschließend Oberhausen und dann Recklinghausen oder Gelsenkirchen und wer noch?

In Ihrem Entschließungsantrag kommt dann der nächste Druck auf die Tube mit der weißen Salbe, denn Sie behaupten dort, dass die jeweilige Fachlichkeit und Spezialisierung der Autobahnpolizei und der Wasserschutzpolizei organisatorisch sichergestellt werden soll. Ich frage Sie: Warum lassen Sie die Wasserschutzpolizei nicht einfach

in Ruhe? Denn dann wäre ihre Fachlichkeit und Spezialisierung doch am besten sichergestellt. Warum bauen Sie mit der Verlagerung der Autobahnpolizei eine neue Mittelbehörde in der Polizeiverwaltung auf?

Noch mehr weiße Salbe: Sie behaupten in Ihrem Antrag, die Städte Leverkusen und Mülheim erhalten die erforderliche personelle Ausstattung bei den Wach- und Bezirksdiensten sowie bei der Kriminalitätsbekämpfung. – Was heißt eigentlich „erforderliche personelle Ausstattung“? Bleibt es nun bei den vorhandenen Stellen oder nicht?

Weißer Salbe, nächster Fall: Sie haben es gerade gesagt, die Direktion Verkehr des PP-Köln einschließlich der Autobahnpolizei soll in Leverkusen eingerichtet werden. Jetzt verraten Sie uns doch bitte einmal, um wie viele Stellen es sich dabei handelt. Ich vermute: um 20 von 200 oder 180. Sie können mich aber gerne korrigieren. Dadurch wird deutlich, dass Sie auch in diesem Fall weiße Salbe verabreichen.

Der neueste Hammer ist: Sie beabsichtigen nunmehr – das haben Sie angekündigt –, die Mittelinstanz der Polizeiverwaltung in Nordrhein-Westfalen aufzulösen, ohne konkret sagen zu können, wohin sie soll.

Option 1 Ihres Antrags: Sie geben sie ins Ministerium. Das heißt entgegen Ihrer Behauptung handelt es sich hierbei nicht um eine strategische Aufgabe, aber Sie überlegen, ob Sie so etwas ins Ministerium geben. Das Ministerium wird größer. Interessanter Vorschlag zum Bürokratieabbau in nordrhein-westfälischen Landesministerien, aber schwer verständlich. Das müssen Sie zugeben.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Option 2: Sie schaffen ein kleines Landespolizeiamt – das sage ich mal mit meinen Worten – und damit eine neue Sonderbehörde. Das verstehe nun in der Tat, wer will. Einerseits lösen Sie als Innenminister, Herr Wolf, die Sonderbehörden auf und bündeln sie bei den Bezirksregierungen. Aber bei der Polizei gehen Sie genau den umgekehrten Weg: Sie lösen Polizeiaufgaben aus der Mittelinstanz heraus und prüfen offensichtlich die Einrichtung einer weiteren Sonderbehörde.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie können es drehen und wenden wie Sie wollen: Mit Ihrer Politik in der inneren Sicherheit kommen Sie auf keinen grünen Zweig mehr. Die CDU hat Ihren Kredit in der Innenpolitik verspielt, die FDP hat keine Kompetenz gewinnen können. Ein Drei-Säulen-Modell, von dem Sie re-

den, taugt in der Bankwirtschaft, aber nicht in der Innenpolitik.

Deswegen bleiben wir dabei: Sie verbessern nicht die Leistungsfähigkeit der Polizei, sie schwächen die Polizei. Sie schaffen nicht mehr Sicherheit, Sie produzieren Unsicherheit. Eins sage ich Ihnen auch noch: Sie erringen mit Ihrer Mehrheit heute in diesem Haus einen Pyrrhussieg. Für Ihre konzeptions- und kopflosen Änderungspläne für den Aufbau der Polizeibehörden besitzen Sie in Wahrheit nirgendwo in Nordrhein-Westfalen eine Mehrheit – weder bei der Polizei, noch bei den Experten, noch bei den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes. – Schönen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Herr Dr. Rudolph. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erteile ich der Abgeordneten Frau Düker das Wort.

**Monika Düker (GRÜNE):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Warum macht man eine Reform? Ein vernünftiger Mensch macht eine Reform, wenn er erkennt, dass es Defizite und Schwachstellen im System gibt, bei denen man gegensteuern muss. So weit, so gut.

Nun sind sich alle Fachleute einig, wo bei uns die Schwachstellen in der Polizeistruktur liegen. Das will ich bewusst sagen, Herr Kruse, weil im Ausschuss immer wieder kommt: Das ist ja nur Scheu. – Das ist eben nicht nur Scheu, sondern es ist allgemein klar. Wir haben zu viele Behörden – mehr als alle Bundesländer zusammen –, die völlig unterschiedliche Aufgabenzuschnitte und völlig unterschiedliche Größen haben, dadurch sehr viele Schnittstellen produzieren, und sehr viele Synergieeffekte stellen sich nicht ein.

Die Einsatzmittel und das Personal, das wie teuer bezahlen, setzen wir nicht effizient ein. Es geht nicht darum, dass unsere Polizei im Land schlechte Arbeit macht – ganz im Gegenteil. Sie hat Rahmenbedingungen, unter denen sie nicht optimal arbeiten kann. – So viel zur Schwachstellenanalyse und zum Defizit, an das wir heran müssen.

Nun kommt der Innenminister und legt uns das vor, was er Reform nennt. Schauen wir hin: Ist denn irgendetwas von den Schwachstellen und von den Defiziten, die wir im System haben, damit geheilt und beseitigt, oder sind gar Probleme gelöst worden? Nein, Herr Minister, nein, liebe Koalitionsfraktionen, genau an diesen Schwachstellen passiert zum Teil genau das Gegenteil: Sie ver-

schlimmbessern und vergrößern die Probleme eher, als dass Sie darauf Bezug nehmen.

Wir haben es hier mit einem sogenannten Reformkonzept zu tun, dass diesen Namen nicht verdient, weil es die Probleme, die wir haben, nicht löst.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ich will zu den einzelnen Maßnahmen nicht viel sagen; nur so viel:

Wer die größte Behörde im Land, Köln, mit einer mittelgroßen Behörde wie Leverkusen zusammenlegt, daneben die kleinste Polizeibehörde, Olpe, unbehelligt lässt – es gibt noch andere Polizeibehörden in dieser Größenordnung –, also die größte Behörde vergrößert, zu einer Mega-Behörde ausbaut und an den kleinen Behörden, wo die Synergieprobleme festzustellen sind, nichts verändert, dem muss klar sein, dass ein solches Konzept keinesfalls die Schwachstellen im System löst, sondern die Probleme eher vergrößert.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich zitiere, stellvertretend für viele, aus der Stellungnahme 14/206 zu der Anhörung von Dieter Glietsch, Polizeipräsident in Berlin, ehemals in Düsseldorf Inspekteur der Polizei, dem Sie, Herr Kruse, nicht unterstellen können – das fand ich schon ziemlich abenteuerlich –, dass in der Anhörung nur Funktionärsreflexe vorhanden waren:

„Die in dem Gesetzentwurf vorgesehenen punktuellen Maßnahmen können für die erforderliche und überfällige grundlegende Neuorganisation der Kreispolizeibehörden in NRW eher hinderlich als förderlich sein. Maßnahmen wie z. B. die Zuordnung des bisherigen Polizeipräsidiiums Leverkusen zum Polizeipräsidium Köln verstellen sachgerechtere Lösungsmöglichkeiten, wie sie von der Kommission“

– er meint die Scheu-Kommission –

„vorgeschlagen wurden. Mit den punktuellen Maßnahmen können die erforderlichen positiven Effekte einer grundlegenden Neuorganisation nicht erreicht werden. Stückwerk kann vielmehr negative Wirkungen entfalten, die den künftigen Reformprozess beeinträchtigen.“

So weit das Zitat. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, dem ist eigentlich gar nichts hinzuzufügen. Die Frage ist nur: Warum erreicht Sie das nicht? Herr Glietsch ist ja nicht der Einzige, der dies sagt. Alle Sachverständigen – Kollege Rudolph hat darauf hingewiesen – haben in einer nie da gewesenen Art diesen Gesetzentwurf der Regie-

rung im wahrsten Sinne des Wortes zerrissen. Heute winken die Koalitionsfraktionen – Herr Kruse, Sie haben nach der Anhörung von einer Katastrophe gesprochen – den Gesetzentwurf heute durch. Das ist nicht nur ein schlechter Tag für die Polizei im Land. Es ist auch ein schlechter Tag für den Parlamentarismus, der mit diesem Verfahren zum Gesetzentwurf richtig unter die Räder gerät, Herr Kruse.

(Beifall von den GRÜNEN)

Früher galt einmal das Wort: Ein Gesetzentwurf geht nicht wieder so aus dem Landtag heraus, wie er hineingekommen ist, weil man das parlamentarische Verfahren mit den Anhörungen ernst nahm. Das tun Sie nicht mehr. Es geht hier nur noch um Aktionismus und eine Reform an sich, um die Gesichtswahrung des Innenministers, einen Gesetzentwurf, der den Namen Konzept nicht verdient, weil er keine Logik beinhaltet, keine Zielformulierungen enthält und keine Richtung hat. Bewegung brauchen wir, und Bewegung an sich – das sagen Sie immer wieder – ist kein Selbstzweck. Bewegung braucht auch eine Richtung, eine Zielformulierung. Nichts davon finden wir in diesem Antrag.

Das, was Sie an Behörden zusammenlegen, ist, wie der Vorsitzende der DPoIG, Wendt, in der Anhörung sagte: Management by Ruhestand. Das Polizeipräsidium, bei dem der Polizeipräsident als Nächster in den Ruhestand geht, wird mit der nächsten Behörde zusammengelegt. Das kann doch nicht das sein, was Sie unter Konzept verstehen.

Jetzt zu den Befürchtungen vor Ort und dem, was Sie so schön Funktionärsreflexe nennen: Im Ausschuss hat die Landesregierung nicht darstellen können, wo denn jetzt die 145 Stellen eingespart werden. Darauf ist sie eine Antwort schuldig geblieben. Sie ist auch die Antwort auf die Befürchtungen der Leverkusener Bürgerinnen und Bürger schuldig geblieben, die sagen, dass ihre regionale Kriminalitätsbekämpfung nicht mehr erhalten bleibt, 50 Beamte für die Kriminalitätsbekämpfung nach Köln gehen. Auch dazu keine Stellungnahme!

Dann dürfen Sie sich nicht wundern, wenn vor Ort solche Proteste sind, wenn die Menschen um ihre Sicherheit fürchten, wenn die Menschen in Mülheim und in Leverkusen befürchten, dass die Kriminalität vor Ort nicht mehr bekämpft wird und dass alles nach Essen beziehungsweise nach Köln verlagert wird.

Der Gipfel der ganzen Angelegenheit: Sie kündigen im Entschließungsantrag – Flucht nach vorne – ein neues Gesetz im September an. Dann kommt die

ganz große Reform. Dann wollen Sie bei den Bezirksregierungen endgültig mit der Zuständigkeit der Polizei aufräumen, nicht mehr nur bei der Autobahnpolizei, sondern in einem zweiten Schritt – ich frage mich, warum Sie es nicht gleich machen – sollen auch die Dezernate 25 und 26 für die Steuerung und Führung der Polizei abgeschafft werden.

Haben Sie in der Anhörung nicht zugehört? Die Sachverständigen haben klar gesagt: Nach dieser Reform, wenn immer noch 47 Behörden bestehen – vorher hatten wir 50 –, wird das nicht möglich sein, weil die Führungsspanne viel zu groß ist, um diese Kompetenzen ins Innenministerium zu verlagern.

Dann seien Sie auch so ehrlich, Herr Kruse, und sagen, dass Sie, wenn Sie diesen Schritt vollziehen, ein Landespolizeipräsidium und eine neue Behörde schaffen müssen. So viel zum Bürokratieabbau und zum Thema „Jeden Monat sparen wir eine Behörde ein“. Das ist schlicht und einfach nicht umsetzbar. Das ist Aktionismus. Wir wissen nicht, wohin es geht. Ich befürchte: Der Gesetzentwurf, der uns im Herbst erreicht, wird der nächste Schritt ins Chaos, was die Polizeistrukturen angeht.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Frau Düker. – Für die Fraktion der FDP hat Herr Abgeordneter Engel das Wort.

**Horst Engel<sup>1)</sup>** (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Düker, Herr Dr. Rudolph, ich kann verstehen, wenn Sie hier so argumentieren. Sie haben viele Fragen aufgeworfen. Man kann sie zusammenfassen: Warum macht ihr das überhaupt? Was soll das bringen? Wo ist da der Reformgewinn? Wo ist der Benefit? Ich formuliere das mal so.

Erlauben Sie mir, dass ich das Ergebnis, die Zusammenfassung meines Beitrages, jetzt voranstelle.

Erstens, Drei-Säulen-Modell: Alleine die Einstellung der produktbezogenen Arbeitszeiterfassung im November 2005 hat uns 490 Stellen gebracht – 490 Stellen! Die Reform, die wir jetzt machen, nämlich das Eingliedern von drei Behörden an dem jeweiligen Standort, bringt uns ungefähr 145 – bei konservativer Berechnung.

Das, was wir im Herbst, nach der Sommerpause machen, nämlich das Herauslösen der fünf mal zwei Polizeidezernate 25 und 26 wird noch einmal

ungefähr 130 Polizeivollzugsbeamte für den operativen Dienst bringen,

(Monika Düker [GRÜNE]: Wo denn?)

die Abschaffung und Verkleinerung des Beratungsteams „Steuerung und Führung“ 15 Beamte. Allein der Prozess der Reduzierung der Polizeinspektionen von jetzt 89 – bei Beginn der Legislaturperiode waren es 118 – bringt noch einmal round about 150 Beamte.

Das macht summa summarum 930 Polizeivollzugsbeamte aus, und das hat für den Finanzminister einen Gegenwert von ungefähr 74 Millionen €. Es sind Kosten, die der Steuerzahler schon heute für Personal bezahlt, das zwar da ist, aber an der falschen Stelle eingesetzt wird. Da frage ich Sie: Was ist an Ihrer Kritik berechtigt? – Null und nichts. Wir gewinnen mit diesem ersten Schritt knapp 1.000 Leute zurück, und zwar ohne eine einzige Neueinstellung.

(Beifall von der FDP)

Alles andere – da können Sie erzählen, was Sie wollen – sind Nebelkerzen.

Noch einmal zur Ausgangslage! Es ist völlig klar – und das wissen Sie auch –: Wir haben im bundesweiten Vergleich eine unterdurchschnittliche Aufklärungsquote; das konnten wir in der „Welt am Sonntag“ vor einigen Wochen peinlicherweise so nachlesen.

Wir haben nach wie vor eine unglaublich hohe Kriminalitätsbelastung. Aber wir sehen den ersten Silberstreif am Horizont. Denn die Zahlen gehen zurück; ich hoffe, wir können das verstetigen. Ich weiß, dass die Kolleginnen und Kollegen draußen erstklassige Arbeit leisten. Und wenn wir tatsächlich umsetzen, was wir uns als Koalitionäre vorgenommen haben, nämlich mehr zu fahnden und weniger zu verwalten, wenn wir also eine völlige Umkehr dessen erreichen, was uns die 93er-/94er-Reform gebracht hat, dann werden wir die Zahlen verstetigen. Dann werden Sie am Ende zugeben müssen, dass diese erste Stufe eine richtige Stufe war.

Zur Ausgangslage und Beschreibung gehört auch zu erwähnen, dass – das haben wir immer wieder beklagt, und da liegen wir nicht auseinander – eine unglaublich hohe Anzahl von Polizeivollzugsbeamten in den sogenannten Stäben und in der Verwaltungsbürokratie der Polizei tätig ist. Bei diesem Prozess ist von vorgesetzter Seite nicht aufgepasst worden. Es kamen junge Kolleginnen und Kollegen in diese Stellen hinein, obwohl sie eigentlich in die Kommissariate, in den Bezirks- und Ermittlungsdienst sowie in den Wach- und

Wechseldienst gehören. Diesen Prozess haben wir gestoppt, und wir wollen ihn jetzt umkehren.

Des Weiteren haben wir damit zu kämpfen – das wissen Sie –, dass pro Tag durchschnittlich zwei Polizeibeamte in den Ruhestand gehen. Das gleichen wir nur aus – und das hat die Vorgängerregierung schon gemacht –, indem wir die Wochen- und Lebensarbeitszeit verlängert haben, und wir stellen knapp 500 weitere Polizeibeamtinnen und –beamte ein.

Ferner haben wir – auch das wissen Sie – große Altersprobleme gerade in den sogenannten Verwendungsendbehörden und in den Kommissariaten. Da sprechen Jugendsachbearbeiter gar nicht mehr die Sprache ihrer Kunden, weil sie allein aufgrund ihres Lebensalters auf einer völlig anderen Ebene angelangt sind. Diese Beamten erreichen die Jugendlichen gar nicht. Das heißt, es findet zwar mehr oder weniger Kommunikation statt, aber nicht mit dem Erfolg, den wir uns wünschen.

Kurzum: Es hat den Anschein, dass 1993/94 ein anderer Grundsatz für die Reform gegolten haben könnte, nämlich: Mehr verwalten statt fahnden. Ich kann mir nicht vorstellen, dass das beabsichtigt war. Damals hieß es, 2.000 Polizeibeamte mehr sollten auf die Straße; Sie werden sich noch erinnern. Daraufhin sind die Bezirksdienstbeamten eingerichtet worden.

Aber diese 2.000 sind niemals erreicht worden. Sie haben es angesichts dieser unglaublich hohen Anzahl von Behörden, die wir in Nordrhein-Westfalen haben, nicht verstanden – das haben wir heute Morgen und auch gestern gehört –, diesen Prozess zu verhindern. Denn Sie haben von vornherein eine ganz andere Herangehensweise: Sie misstrauen letztlich den Kräften, den Beamten, den Menschen, dass sie es viel besser können, und deshalb schoben Sie ihnen von oben herab bestimmte Strukturen

(Beifall von der FDP)

wie Schienen ins Korsett, sodass sie kaum Luft zum Atmen bekommen. Das war Ihre Herangehensweise.

Deshalb führen wir das PP Köln mit dem PP Leverkusen, das PP Essen mit dem PP Mülheim

(Marc Jan Eumann [SPD]: Das ist falsch!)

und die Wasserschutzpolizei mit dem PP Duisburg zusammen.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Das ist falsch!)

– Herr Eumann, das ist nicht falsch, sondern völlig richtig.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Das ist falsch für Leverkusen!)

Es gilt: weniger Verwaltung und mehr Polizeivollzugsbeamte für den operativen Dienst.

Darüber hinaus schaffen wir die polizeiliche Landesmittelbehörde ab; das haben wir angekündigt, und das zeichnet – darauf hat der Kollege Kruse völlig zu Recht hingewiesen – den Entschließungsantrag aus. Wir werden dann am Ende des Jahres eine Bezirksregierung ohne Polizeidezernate haben. Fünf mal zwei ergibt zehn Polizeidezernate.

Zu Ihren Spekulationen, Frau Düker und Herr Rudolph, wie es dann gehen soll; ich kann verstehen, dass Sie spekulieren.

(Dr. Karsten Rudolph [SPD]: Sagen Sie uns die Antwort!)

Ich habe Ihnen im Innenausschuss und auf den Fluren hier gesagt: Lassen Sie Ihre Fantasie walten. – Sie sind auf eine Lösung irgendwo festgelegt. Wahrscheinlich schauen Sie durch einen kleinen Kasten. Ich kann es mir nicht anders erklären. Es gibt viele Lösungen. Nach der parlamentarischen Sommerpause sehen wir uns an der Stelle wieder.

(Monika Düker [GRÜNE]: Dann sagen Sie es doch jetzt! Jetzt ist die Reformdebatte!)

Jetzt reden wir über diese Änderung und über diesen Entschließungsantrag. Diesem werden wir heute zustimmen, weil wir es uns einfach nicht erlauben können, vorhandene Ressourcen im Gegenwert von 74 Millionen €, die der Finanzminister nicht bezahlen kann, dort zu belassen, wo sie sind.

Also, für uns gilt: weniger verwalten, mehr fahnden. – Deshalb stimmen wir dem Gesetzentwurf zu, und ich werbe dafür, dass auch Sie dem Entschließungsantrag zustimmen; noch können Sie sich anschließen.

(Beifall von FDP und CDU)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter Engel. – Für die Landesregierung erhält nun Herr Innenminister Dr. Wolf das Wort.

**Dr. Ingo Wolf,** Innenminister: Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe nicht die Hoffnung, dass vonseiten der Opposition eine Umkehr zu erwarten ist.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Wichtiger wäre es, bei Ihnen eine Umkehr zu erwarten!)

Ich glaube, es ist schlichtweg die Einsicht auch bei Ihnen, dass Sie über Jahre hinweg jegliche Reform selbst verweigert haben, und nun sind Sie ein Stück weit traurig, dass nun eine neue Landesregierung das tut, was sie vorher angekündigt hat, nämlich den Koalitionsvertrag umzusetzen. Da sage ich Ihnen auch an dieser Stelle noch einmal ganz deutlich: Wir haben nach der Wahl auch aufgrund dieses Koalitionsvertrags eine völlig andere Situation, und wir gehen auf dieser Basis voran.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Aber in die falsche Richtung!)

Im Unterschied zu Ihnen gehen wir voran. Sie hatten bei all dem, was Sie hier so kraftvoll vortragen, zehn Jahre lang Zeit, Reformen einzuleiten. Frau Düker hat die Übermöblierung wieder wortreich beklagt. Ich könnte die SPD fragen, warum sie ihre Reformvorstellungen nicht im Zusammenhang mit der Gemeindeordnung 1994 schon ansatzweise umgesetzt hat. Sie hatten viele Möglichkeiten, aber Sie haben alle versäumt.

Wir befinden uns jetzt in einer Situation – das haben der Kollege Kruse und auch der Kollege Engel vorgetragen –, in der wir jede Stelle für den operativen Bereich brauchen. Deshalb haben wir gesagt: Wir greifen in einigen Punkten ein. – Und es ist dargestellt worden, dass das Ganze auf einem Drei-Säulen-Konzept beruht, das sehr deutlich macht, dass wir verschiedene Bausteine nutzen, um mehr Kolleginnen und Kollegen im Wach- und Wechseldienst, im Bezirksdienst sowie in der Kriminalitätsbekämpfung einzusetzen.

All Ihre Feldversuche, die Sie durchgeführt haben, die die Polizei belastet haben und die von politischen Geisterfahrern wie Herrn Rudolph gerechtfertigt wurden, haben wir nun beendet; das hat der Kollege Engel doch gerade gesagt. Dort, wo die Polizei mit unnötiger Bürokratie belastet war, greifen wir ein. Wir nutzen die Chancen, diese Ressourcen für den operativen Bereich zu gewinnen.

Meine Damen und Herren, das ist eben der entscheidende Unterschied zwischen einer Regierung, die etwas tut, die etwas umsetzt, und der Vorgängerregierung, die immer nur erzählt hat, dass sie eventuell etwas umsetzen möchte, aber nie etwas angepackt hat.

Von den Vorwürfen will ich einmal einen herausgreifen, der von Frau Düker genannt wurde: Megabehörde. Darf ich sie ganz diskret daran erin-

nen, dass Sie aufgrund früherer Konzepte vorhaben, die Stadt Köln mit dem Rhein-Erft-Kreis zusammenzubringen?

(Monika Düker [GRÜNE]: Aber gleichzeitig Leverkusen mit dem Bergischen!)

1,5 Millionen Einwohner, das wären noch viel mehr gewesen. Also bitte, bleiben Sie doch bei der Wahrheit! Das Argument trägt ohnehin nicht, denn dann müssten Sie alle möglichen großen Behörden in Deutschland auflösen. München, Stuttgart, Frankfurt, Berlin, Hamburg haben alle weitaus mehr Polizisten, und die Behörden werden auch gesteuert; dort wird auch gute Polizeiarbeit gemacht. Das ist schlichtweg ein Scheinargument.

Nun zu dem Punkt, der immer wieder die Gemüter erregt: Natürlich haben wir in der Koalitionsvereinbarung gesagt, wir wollten keine Mittelbehörden. Zu Ihrer Beruhigung: Wir werden am Ende auch keine mehr haben. Nur: Wir gehen einen ersten Schritt und nehmen den Teil heraus, der als operativer Teil sowieso nie in eine Bezirksregierung als Aufsichtsbehörde gehört hätte. Das ist eine Fehlkonstruktion, die es in anderen Ländern nicht gibt. Autobahnpolizeien gehören nicht in Mittelbehörden.

Diesen ersten Schritt tun wir nun. Dann rufen Sie nach dem nächsten. Da haben wir Ihnen ganz klar gesagt, dass der nächste Schritt auch kommen wird, dass wir in der Erarbeitung sind und dass wir das ganz gelassen angehen. Lassen Sie sich überraschen: Wir werden unserem Motto, keine Bürokratie aufzubauen, sondern Bürokratie abzubauen, treu bleiben. Schließlich haben wir schon durch diesen ersten Schritt drei Behörden weniger. Wenn dann die fünf Bezirksregierungen dazu kommen, sind es acht Polizeibehörden weniger. Ich stelle fest, dass Sie das in all den Jahren Ihrer Regierung nicht einmal ansatzweise geschafft haben.

Von daher bitte ich, diesem Gesetzentwurf zuzustimmen.

(Beifall von CDU und FDP)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Herr Minister. – Für die SPD-Fraktion hat jetzt Frau Kraft das Wort.

**Hannelore Kraft (SPD):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst zur Klarstellung, Herr Minister – wir haben es schon mehrfach gesagt –: Wir wollten eine Reform. Wir haben eine Reform eingeleitet. Wir haben die Scheu-

Kommission eingesetzt. Sie als FDP waren damals mit im Boot, wenn ich Sie daran erinnern darf; Ihr Gedächtnis scheint da nicht mehr zu funktionieren. Und wir brauchen eine Reform. Was wir allerdings nicht brauchen, ist purer Aktionismus. Wir brauchen ein vernünftiges, schlüssiges Gesamtkonzept,

(Beifall von der SPD)

und das legen Sie hier nicht vor, Herr Minister. Das ist genau unser Problem.

Eine Reform, die den Namen verdient, muss aus unserer Sicht eine gerechte Reform sein. Ich habe Ihnen genau zugehört. Sie haben wieder die Fragen, die ich schon im Ausschuss gestellt habe, nicht beantwortet, Herr Minister. Ich frage Sie noch einmal coram publicum: Warum Mülheim? Warum Leverkusen? Der Kollege Eumann wird das vor Ort genauso gefragt wie ich in Mülheim. Sagen Sie mir einen vernünftigen Grund, warum die beiden, wenn es bei Ihnen nicht nach dem Prinzip „Management by Pensionseintritt“ geht! Sagen Sie mir die Gründe!

(Beifall von der SPD)

Noch einmal zur Erinnerung, weil es ja hier um Bürokratieabbau geht: Mülheim hat die geringsten Bürokratiewerte, den geringsten Wasserkopf und die beste Aufklärungsquote im Land. Wie soll ich meinen Bürgerinnen und Bürgern erklären, dass die Behörde jetzt, wie es neuerdings heißt, „aufgelöst“ wird? Nicht „zusammengelegt“, wie im Gesetzentwurf, nein, der Ministerpräsident hat jetzt die Katze aus dem Sack gelassen. Im Redekonzept für die Pressekonferenz „Ein Jahr neue Regierung“ steht: Diese beiden Polizeipräsidien werden aufgelöst. – Endlich benennen Sie es einmal so, wie es ist. Halten wir es doch einmal fest! Aber wie soll ich meinen Bürgerinnen und Bürgern erklären, dass die Behörde in Mülheim aufgelöst wird – 170.000 Einwohner sind ja nicht so viel –, aber in Olpe das Polizeipräsidium wie bisher bestehen bleibt?

(Beifall von der SPD)

Ich warte auf Ihre Antwort, Herr Minister. Ich warte immer noch.

Dann noch einmal die Frage: Wer ist denn als Nächstes dran? Wenn Sie den Pensionseintritt zum Kriterium erheben, weise ich öffentlich auf Folgendes hin: Der Herr Kollege Schittges kommt aus Krefeld, der Ausschussvorsitzende mit CDU-Parteibuch. Krefeld wäre, wenn es nach Pensionseintritt geht, als Nächstes dran. Aber der Kollege Schittges läuft in Krefeld herum und sagt, er habe schon alles abgeklärt; in Krefeld werde auf



keinen Fall irgendetwas zusammengelegt. – Also, noch einmal: Wer ist der Nächste? Wie geht das weiter?

Ich halte das alles – ich sage Ihnen das so offen – für politische Willkür, was in diesem Land passiert. Das wird noch nicht einmal durch Zahlen untermauert. Sie laufen hier herum und sprechen von 145 Stellen, am Ende 930 Stellen, 74 Millionen € – bei jedem Quatsch, den Sie hier machen, argumentieren Sie mit Geld, das virtuell ist. Sie können in keinster Weise belegen, woher diese Stellen kommen, wie die Einstellungen erfolgen und wie die Stellenpläne aussehen sollen.

Das ist keine Reform, das ist Stückwerk, das ist Schaufensterpolitik. Und als solche ist sie auch entlarvt worden.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Frau Kraft. – Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Lohn das Wort.

**Werner Lohn (CDU):** Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte am Anfang auf eine positive Bemerkung von Frau Kraft eingehen. Sie hat gerade gesagt, sie sei im Prinzip für eine Reform. Da kann ich sie voll unterstützen; die Reform ist ohne Alternative.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Aber nicht diese!)

Wir müssen Reformen durchbringen, um Personal für den operativen Dienst freizusetzen. Um das richtig einzuordnen, möchte ich gerne noch einmal den Hintergrund darstellen, vor dem diese Reform stattfindet.

Ich möchte daran erinnern, dass es die rot-grüne Regierung war, die in den 90er-Jahren verkörperte Reformen auf den Weg gebracht hat. Sie haben zu überbordender Bürokratie und zur Ineffektivität von Polizeiarbeit in einigen Bereichen geführt. Sie haben durch Ihre Finanzpolitik dafür gesorgt, dass wir heute so viele Schulden haben und so viele Zinsen bezahlen müssen, dass wir kein Geld mehr für Neueinstellungen bei der Polizei haben.

Weiterhin haben Sie die Arbeitsbedingungen der Polizei erheblich belastet, indem Sie die Wochenarbeitszeit und die Lebensarbeitszeit verlängert haben. Polizisten arbeiten heute wie alle anderen Landesbeamten nicht mehr 38,5, sondern 41 Stunden pro Woche. Polizisten werden nicht mehr mit 60, sondern mit 62 Jahren in den Ruhestand geschickt. Diese Verlängerung der Arbeitszeiten haben Sie dafür genutzt, insgesamt 3.500

Stellen im Bereich der Polizei zu streichen. Herr Rudolph, uns jetzt nach einem Jahr der Regierungsübernahme vorzuwerfen, wir würden Stellen abbauen, während Sie 3.500 Stellen im Zeitraum von 1998 bis 2004 abgebaut haben, das ist mehr als Heuchelei.

(Beifall von der CDU – Hannelore Kraft [SPD]: Sie können mal ausrechnen, wie viele Millionen das bringt!)

Wir können vor diesem Hintergrund feststellen – da sind wir wieder beieinander, Frau Kraft –, dass wir zu Reformen kommen müssen. Das wissen Sie auch, das wissen SPD und Grüne. Der Innenminister hat es ausgeführt; ich will es nicht wiederholen. Sie haben diese Chance zehn Jahre lang leider nicht genutzt, Sie haben keine einzige Reform auf den Weg gebracht.

(Hannelore Kraft [SPD]: Unsinn!)

Was Sie auf den Weg gebracht haben – Sie bezeichnen das als Leistung – ist die Vergabe des Scheu-Gutachtens. Dies enthält zwei wesentliche Punkte:

Es enthält zum einen eine ganze Menge an Informationen, die sowohl für Ihr Lager als auch für unser Lager wichtig sind, um künftige Reformschritte auf eine vernünftige Basis stellen zu können.

Ein zweiter wichtiger Punkt – den habe ich Ihnen schon beim letzten Mal in Erinnerung gerufen – des Scheu-Gutachtens ist die Aussage, dass die Realisierung umfassender Reformen am Ende der rot-grünen Regierungszeit nicht gelungen und weit hinter den weitreichenden Reformabsichten der 90er-Jahre zurückgeblieben ist. Uns hier vorzuwerfen, wir hätten nicht den Mut, den Willen oder die Kraft, eine vernünftige Reform auf den Weg zu bringen,

(Hannelore Kraft [SPD]: Mache ich doch gar nicht!)

ist angesichts zehnjähriger Untätigkeit geradezu vermessen.

(Hannelore Kraft [SPD]: Wo sind denn Ihre Prinzipien der Reform?)

Wir haben die Informationen von Scheu wohl aufgenommen. Das Dreisäulenmodell – über den Namen kann man trefflich streiten – des Ministers soll dafür sorgen, dass 145 Funktionen für den operativen Dienst freigesetzt werden. Ich glaube, auch dagegen können Sie nichts haben.

Wir sind über den Weg zur Erreichung von Reformzielen unterschiedlicher Meinung. Auch das

möchte ich noch einmal in Erinnerung rufen. Herr Dr. Rudolph, Sie haben uns eben vorgeworfen, wir würden weiße Salbe verabreichen. Ich habe eben sowohl bei Ihnen als auch bei Frau Düker und Frau Kraft mit spitzen Ohren zugehört und auf eine Äußerung gewartet, wie Sie sich die Polizei im Jahre 2010 in Nordrhein-Westfalen vorstellen. Da kam nichts. Wenn Sie uns vorwerfen, wir würden weiße Salbe verabreichen, dann haben Sie uns eben nur wieder heiße Luft geboten.

(Hannelore Kraft [SPD]: Wir reden über Ihren Gesetzentwurf! Nur zur Erinnerung!)

Frau Kraft, ich möchte daran erinnern, dass Sie gemeinsam mit uns bis vor kurzem noch die Polizeiabteilungen bei den Bezirksregierungen auflösen wollten; da waren wir eigentlich einer Meinung. Heute konnte ich der Presseschau entnehmen, dass man in Kreisen der SPD – unterstützt durch Ihre Auffassung – von dem Düsseldorfer Papier und von Steinbrück Abstand nimmt und sagt: Daran fühlen wir uns nicht mehr gebunden; wir wollen alles so lassen, wie es ist.

(Hannelore Kraft [SPD]: Das steht da nicht drin! Da haben Sie falsch gelesen!)

– Na ja, lesen Sie es selbst noch mal nach.

(Hannelore Kraft [SPD]: Lesen Sie selbst noch mal nach!)

Dann möchte ich daran erinnern, dass Sie die Autobahnpolizei geradezu atomisieren wollten. Sie wollten die Autobahnpolizei auf 16 einzelne Behörden verteilen. Das wäre völlig sach- und fachfremd und mit polizeilicher Arbeit überhaupt nicht in Einklang zu bringen. Wir belassen es bei der derzeitigen Anzahl der Wachen. Wir belassen es bei den bestehenden Grenzen der Zuständigkeitsbereiche. Wir werden die Professionalität und Spezialität der Autobahnpolizei auch für die Zukunft gewährleisten.

Ein weiterer Erinnerungspunkt ist: Wir lösen drei Polizeibehörden auf. Ich möchte Sie daran erinnern, Frau Kraft: Sie wollten bis vor einem Jahr noch 34 Behörden auflösen. Jetzt einmal ehrlich, Frau Kraft: Was wäre denn gewesen, wenn Sie 34 Polizeibehörden aufgelöst hätten? Was wäre dann aus Mülheim und was wäre aus Leverkusen geworden? Die wären doch sicherlich auch betroffen gewesen.

(Hannelore Kraft [SPD]: Das wären Direktionen geworden!)

Sie haben heute Argumentationsnotstand, in Mülheim zu erklären, warum das Polizeipräsidium

Mülheim Essen angeschlossen werden sollte. Das war exakt Ihr Vorschlag.

(Hannelore Kraft [SPD]: Das stimmt doch gar nicht! Verdrehen Sie doch nicht die Tatsachen!)

– Natürlich! Das wäre doch eine Direktion des Polizeipräsidiums Essen geworden.

(Hannelore Kraft [SPD]: Aber jetzt gibt es keine Direktion mehr und keinen Status dieser Art!)

– Ich hoffe, die Leute in Mülheim werden beurteilen können, warum Sie jetzt auf einmal gegen das sprechen, was Sie vor einem Jahr selbst noch verkauft haben.

(Zurufe von der SPD)

– Ich habe Sie nicht verstanden, Herr Eumann, aber das macht auch nichts.

Es bleibt die Frage: Was will die SPD? Für mich ist heute, nachdem Sie sich von Scheu verabschiedet haben, unklar, was die SPD will. Sie scheinen gegen all das zu sein, was die neue Landesregierung vorlegt. Anscheinend soll alles beim Alten bleiben.

**(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Michael Vesper)**

Ich möchte an dieser Stelle den Exinnenminister und Ihren Kollegen Herrn Behrens zitieren. Er hat im Januar 2005 gesagt: Wer nichts verändern will, der kann auch nichts verbessern. – Sehr geehrte Damen und Herren von der Opposition, ich sage Ihnen: Die Zeiten ändern sich – und anscheinend auch die Sichtweisen. Sie sollten sich bewegen. Bewegen Sie sich mit in dem Sinne, dass Reformen erforderlich sind und wir Synergieeffekte brauchen. Beteiligen Sie sich konstruktiv an dem künftigen Prozess, den Herr Kruse beschrieben hat: an der wirklichen Neugestaltung der Polizei, angefangen vom Ministerium bis hin zu den einzelnen Behörden. Dann werden wir auch zu einer weiteren und vernünftigen Lösung kommen. – Danke schön.

(Beifall von CDU und FDP)

**Vizepräsident Dr. Michael Vesper:** Vielen Dank. – Jetzt hat Herr Abgeordneter Engel, FDP-Fraktion, noch einmal für wenige Sekunden ums Wort gebeten. Bitte schön.

**Horst Engel<sup>1)</sup>** (FDP): 54 Sekunden sind besser als gar nichts. – Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Kraft, Sie haben Fragen gestellt. Bei einer Abgeordneten aus Mül-

heim – mit einem „h“ – kann ich das verstehen. Gar kein Problem! Ich will Ihnen diese Fragen präzise beantworten und Zahlen nennen. Das hat nämlich nichts mit „Management by Pensionierung“ zu tun, sondern bei Mülheim und Leverkusen haben wir es mit den kleinsten der 21 Präsidien zu tun. Wir wissen alle: je kleiner eine solche Einheit, desto größer ist der Overheadanteil. Ich nenne Ihnen jetzt die Zahlen.

Die Kreispolizeibehörde Mülheim an der Ruhr hat beim nichtoperativen Anteil mit 27,37 % den schlechtesten Wert aller Kreispolizeibehörden. Die Kreispolizeibehörde Leverkusen liegt mit 25,08 % beim nichtoperativen Anteil an drittletzter Stelle. Zum Vergleich: Köln hat einen Anteil von 16,8 %, Essen von 19,9 %. Der Landesdurchschnitt liegt bei 18 %. Es ist doch völlig klar, dass wir diese beiden kleinen Präsidien mit den in unmittelbarer Nachbarschaft liegenden großen Präsidien zusammenführen.

Eine letzte Bemerkung, Frau Düker und auch Herr Rudolph: Sie hatten in der letzten Legislatur die Chance, auf unseren Antrag von 2003 zu reagieren. Sie haben einen Arbeitskreis eingerichtet, die Scheu-Kommission, und die Chance vertan, diese Großreform zu bekommen. Und jetzt machen wir aus 58 Behörden am Ende des Jahres 50. – Vielen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

**Vizepräsident Dr. Michael Vesper:** Vielen Dank. – Das Beispiel macht Schule. Jetzt möchte gern auch noch die Abgeordnete Düker, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, einen kurzen Beitrag abgeben. Bitte schön.

(Monika Düker [GRÜNE]: Bitte keine Wertung, Herr Präsident!)

**Monika Düker (GRÜNE):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Lohn, es ist schon abenteuerlich, die Fraktionen in diesem Saal in Reformbefürworter und Reformverweigerer einzuteilen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Wer hat denn in der letzten Legislaturperiode gegen Ihnen, gegen den von der rechten Seite kommenden erbitterten Widerstand immer und immer wieder dargelegt, was wir wirklich brauchen? Was brauchen wir denn wirklich?

(Theo Kruse [CDU]: Mehr Sicherheit!)

Schauen wir uns die Schwachstellenanalyse an! Sie besagt nicht: Aus 50 mache 47. – Die Schwachstel-

lenanalyse des Landes NRW besagt: Wir brauchen gleich große Behörden mit einem gleichen Aufgabenzuschnitt.

Jetzt komme ich zu dem Problem in Mülheim und was die Menschen dort bewegt. Wir brauchen innerhalb der jetzigen kommunalen Grenzen – das haben wir immer gesagt – eine eigene Polizeizuständigkeit mit einer eigenen Kriminalitätsbekämpfung. Die kommunalen Grenzen müssen als Direktion mit weitreichenden Kriminalitätsbekämpfungskompetenzen erhalten bleiben. Dann haben Sie auch die Zustimmung in der Bevölkerung. Doch genau das machen Sie bei Ihrer Reform nicht.

**Vizepräsident Dr. Michael Vesper:** Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Lohn? Das wird nicht auf Ihre Redezeit angerechnet.

**Monika Düker (GRÜNE):** Ja, bitte.

**Werner Lohn (CDU):** Frau Düker, können Sie mir den Grund nennen, warum Sie die Inhalte des Scheu-Gutachtens nicht während Ihrer Regierungszeit umgesetzt haben?

**Monika Düker (GRÜNE):** Wir haben hier nach dem Vorliegen des Kommissionsberichtes gegen Ihre Stimmen, Herr Lohn, mit den Stimmen der FDP einen Grundsatzbeschluss gefasst.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Genau so!)

Der besagt: Die Landesregierung wird aufgefordert, mit einem Kriterienkatalog die Ergebnisse der Scheu-Kommission umzusetzen. – Wir haben diese Reform hier mit einem politischen Beschluss umgesetzt. Der Landtag hat seine Hausaufgaben gemacht. Sie haben diese Hausaufgaben gestoppt. Sie haben all die Vorschläge in Papierkorb geworfen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Die Beschlüsse sind hier mit großer Mehrheit gefasst worden. Herr Engel ist im Wahlkampf durch die Lande gereist und hat gesagt: Wir handeln es der CDU in fünf Minuten ab, dass wir die Ergebnisse der Scheu-Kommission in NRW durchsetzen. – Sie haben hier versagt, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP! Und Ihr Innenminister muss sich den schwarzen Landräten und parteilobbyistischen Interessen beugen, und das zum Schaden der Polizei in unserem Land. Das ist doch die Wahrheit, die hier auf dem Tisch liegt.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Genau deswegen, weil diese Reform keiner Logik folgt, sondern parteipolitischen Interessen, wird das ein Pyrrhussieg werden, Herr Wolf. Sie werden daran keinen Spaß haben – das kann ich Ihnen verraten –, weil das, was Sie hier tun, nicht mit Sinn und Verstand gemacht wird, sondern nur, um den Landräten ihr Schild am Kreishaus zu erhalten, auf dem steht: Kreispolizeibehörde. – So macht man keine Politik fürs Land!

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Minister Dr. Ingo Wolf: Zehn Jahre versagt!)

**Vizepräsident Dr. Michael Vesper:** Vielen Dank. – Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Deswegen schließe ich die Debatte.

Wir kommen zur Abstimmung, und zwar zunächst über den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/929. Der Innenausschuss empfiehlt in seiner **Beschlussempfehlung Drucksache 14/1889**, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen. Wer dem folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CDU- und FDP-Fraktion. Wer ist dagegen? – SPD und Grüne und eine Gegenstimme aus der CDU-Fraktion.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist die Beschlussempfehlung **angenommen** und der Gesetzentwurf in zweiter Lesung verabschiedet.

Meine Damen und Herren, wir stimmen nun ab über den **Entschließungsantrag** der Fraktionen von CDU und der FDP **Drucksache 14/1878 – Neudruck**. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dieser Entschließungsantrag ist mit den Stimmen der CDU- und der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der SPD- und der Grünen-Fraktion **angenommen**.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, damit können wir diesen Tagesordnungspunkt verlassen.

(Zahlreiche Abgeordnete beabsichtigen, den Saal zu verlassen.)

– Ich habe nicht gesagt, Sie können das Plenum verlassen.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Wir kommen zu:

## 8 Für einen ehrlichen Hochschulpakt

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 14/1879

Ich eröffne die Beratung. Als erster Redner hat für die antragstellende Fraktion der Abgeordnete Schultheis das Wort. Bitte schön.

**Karl Schultheis** (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Die SPD-Landtagsfraktion hat den vorliegenden Antrag „Für einen ehrlichen Hochschulpakt“ eingebracht, damit der Landtag bei so entscheidenden Fragen wie die der Bildungschancen junger Menschen in unserem Land, und zwar in all ihren Facetten: bis zum BAföG, bis zur Situation ausländischer Studierender und damit der Zukunftsfähigkeit unseres Landes, nicht außen vor bleibt.

Wir erwarten umfassende Informationen über den Stand der Verhandlungen zum Hochschulpakt. Wir erwarten konkrete Vorschläge, mit welchem inhaltlichen und finanziellen Konzept für einen Hochschulpakt die Landesregierung die Verhandlungen führen wird. Wir wollen wissen, ob Sie in der Bewertung des Ergebnisses des Gesprächs von Bundesministerin Schavan mit ihren 16 Länderkollegen am 2. Mai mit uns überstimmen.

Die wichtigsten Aussagen sind aus unserer Sicht, dass sich immer mehr Abiturientinnen und Abiturienten um einen Studienplatz bewerben werden, dass der Wettbewerb um die Leistungsfähigkeit in der Forschung einer der wichtigsten Faktoren im internationalen Standortwettbewerb nicht nur für die Forschung selbst bleibt, sondern auch für den wissenschaftlichen Nachwuchs und damit für die forschungsnahen innovativen Industrien und Dienstleistungen, und schließlich, dass in beidseitiger Verantwortung Bund und Länder die Forschungskapazitäten stärken und die Länder die Lehrkapazitäten ausweiten wollen.

In der Öffentlichkeit wird vermittelt, dass zwischen Bund und Ländern, also wohl auch unter Einschluss von Nordrhein-Westfalen, in folgenden Punkten Einigkeit besteht: dass es ein nachfragegerechtes Angebot an Studienplätzen geben soll, dass die Modernisierung der Hochschulbildung im Rahmen der Bologna-Reform erfolgen soll, dass die Stärkung der Qualität der universitären Forschung und Lehre an der Spitze der Aufgaben stehen soll und dass der Staatsanteil der Forschungsförderung auf 1 % anzuheben ist.